

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN- GLEICHHEIT

SEPTEMBER 2015

„Wir sind alle aufgefordert dagegen zu halten“

Aufruf: Mit der „Gelben Hand“ gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Angesichts der rassistischen Gewalttaten gegen Flüchtlinge ruft der Vorsitzende Giovanni Pollice im Namen des Kumpelvereins alle demokratischen Kräfte auf, sich gemeinsam mit der „Gelben Hand“ und den Gewerkschaften noch stärker gegen Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt zu engagieren: „Dass Flüchtlinge, nach ihrer Ankunft in Deutschland Gewalt und Angst ausgesetzt sind, dürfen wir nicht tolerieren! Gleichgültigkeit kann nicht unsere Devise sein. Wir sind alle aufgefordert dagegen zu halten. Diejenigen, die anderen Menschen Gewalt antun, müssen mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden. Aber auch die verbalen Brandstifter, die mit Hassparolen hetzen, müssen wir bekämpfen. Aus der Mitte der Gesellschaft heraus müssen wir für unsere gemeinsamen europäischen Werte, für Frieden und Mitmenschlichkeit eintreten. Was mich besonders erfreut, ist, dass viele Menschen auch eine große Solidarität mit den Flüchtlingen zeigen. Dieses Engagement gilt es zu stärken.“

Informationen zur „Gelben Hand“ vor Ort, sowie zu Materialien gibt es unter: <http://www.gelbehand.de/werde-aktiv/materialien/>



Gewerkschaften gegen Hass und Gewalt

DGB und die Gewerkschaften verurteilen die rassistischen Angriffe auf Flüchtlingsheime



Kaum ein Tag vergeht momentan ohne die Meldung eines erneuten Angriffs auf ein Flüchtlingsheim. Heidenau, Freital, Salzhemmendorf – das sind nur drei der Orte, in denen sich auf erschreckende, beschämende Weise rassistische Gewaltakte gegen Flüchtlinge entluden. 337 Übergriffe zählt die Statistik des Innenministeriums bis Ende August – ein enormer Anstieg im Vergleich zum letzten Jahr. Geschürt wird der Hass auch in sozialen Medien, die sich immer mehr als Plattform für ungefilterten Rassismus und Hetze erweisen. Der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat daher jetzt die „mensenverachtenden Übergriffe“ auf Flüchtlinge zutiefst verurteilt, fordert die konsequente Verfolgung der Straftaten – spricht aber auch die Wurzel des Problems an: „Darüber hinaus ist eine Auseinandersetzung mit rassistischen Verhaltensweisen und menschenfeindlichen Einstellungen notwendig, die den Nährboden bilden. Stammtischparolen, populistische Äußerungen und das Schüren von Ängsten sind Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten und Rechtsextremen.“ Der ver.di-Bundesmigrationsausschuss nimmt in seinem Solidaritätsaufruf die Politik in die Pflicht: „Politik und Behörden müssen die Bedrohung von Rechts ernst nehmen, konsequent gegen rassistische Angreifer vorgehen und ihrer Hetze den Boden entziehen“. Der falsche Weg sei es dabei, laut GdP, durch ein generelles Versammlungsverbot auch Aktionen der Flüchtlingsbefürworter zu beschneiden. So wäre in Heidenau fast ein Willkommensfest für Flüchtlinge verboten worden, was der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek als „Kniefall vor dem Mob“ bezeichnete. Durch die erfolgreiche Eilklage eines Bonner Jura-Studenten gegen das Versammlungsverbot konnte das Fest dennoch regulär stattfinden. Die Erinnerung an den nationalsozialistischen Kriegs-

„Die feigen Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte und die Proteste gegen schutzbedürftige Asylsuchende im Allgemeinen verurteilen wir!“

Michael Vassiliadis

beginn am 1. September 1939 war für die IG Metall Anlass, um in der Gegenwart eine starke Botschaft zu senden. Der Antikriegstag, so der Erste Vorsitzende Detlef Wetzel, sei eine „Verpflichtung, hier und heute für Toleranz, Menschlichkeit und Demokratie einzustehen“. Fremdenfeindlichkeit dürfe in der Gesellschaft keinen Platz haben. Wetzel betonte dabei die Wichtigkeit des gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements. Das hat sich auch die IG BCE auf die Fahnen geschrieben. Auf ihrem 125-jährigen

Jubiläumfest Mitte September wird es eine große Spendenaktion für die Flüchtlinge geben. „In der IG BCE ist Platz für all diejenigen, die Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Die feigen Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte und die Proteste gegen schutzbedürftige Asylsuchende im Allgemeinen verurteilen wir!“, bekräftigt der Vorsitzende Michael Vassiliadis. Auch die IG-BCE-Jugend hat auf ihrem jährlichen Jugendforum Ende August mit einer Fotoreihe im Internet ein deutliches Signal gesendet: #mundaufmachen gegen Rassismus! All dies zeigt, dass der DGB, die Einzelgewerkschaften und der Kumpelverein an einem Strang ziehen: Refugees welcome!

Setz ein Zeichen!

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2015/16



Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ startet in die nächste Runde! Die Jugend ist wieder aufgerufen, sich zu beteiligen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen! In der Darstellungsform sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt: egal ob

Fotocollage, Video oder eine Aktion vor Ort – alles ist erlaubt! Der Wettbewerb richtet sich an Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen/-kollegs und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer betrieblichen Ausbildung befinden sowie Auszubildende und junge Beschäftigte aus Verwaltungen. Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 15. Januar 2016. Für den kommenden Wettbewerb setzt sich der brandenburgische Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke als Schirmherr persönlich ein: „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gehen gar nicht! Es ist keine Zeit zu versäumen, Zeichen für ein friedliches und tolerantes Miteinander zu setzen. Ich wünsche dem diesjährigen Wettbewerb von Herzen viel Erfolg.“ Von Seiten der Gewerkschaften hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, die Schirmherrschaft übernommen: „Ich hoffe sehr, dass sich viele junge Menschen mit ihren Ideen und Sichtweisen am Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ beteiligen. Was wir brauchen ist nicht Abgrenzung und Zurückweisung, sondern Zuwendung und Unterstützung.“ Infos zur Anmeldung und Einsendung der Beiträge findet Ihr im Netz unter: <http://www.gelbehand.de/setz-ein-zeichen/wettbewerb-aktuell/>

„Asyl bedeutet Schutz und Menschenwürde“

Interview mit Fördermitglied Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Niedersachsen, zur Integration von Flüchtlingen



800.000 Flüchtlinge werden für das Jahr 2015 in Deutschland erwartet. Eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft, aber auch eine Chance. Zunächst muss die Grundversorgung und Unterbringung geregelt werden, im nächsten Schritt wird es darum gehen, die Integration der Menschen zu gestalten. Das Thema der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen steht dabei schon länger auf der politischen Agenda. Erste Schritte wurden bereits unternommen: Seit Anfang des Jahres haben Asylbewerber und Geduldete schon nach drei Monaten Zugang zum Arbeitsmarkt, auch die Vorrangprüfung, die Deutsche, EU-Bürger und andere „Drittstaater“ bei der Arbeitsplatzvergabe bevorzugt, wurde gelockert. Unser Fördermitglied Olaf Lies, Niedersachsens Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, befürwortet diese Entwicklung. Er erklärt in diesem exklusiven Interview für unser Magazin „Aktiv für Chancengleichheit“, welche konkrete Hilfestellung das Land Niedersachsen bei der Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge leistet. Ein Gespräch über Menschenwürde, Perspektiven – und gefährliche Ideologien.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt reibungslos zu gestalten?

Die Sprache hat natürlich eine große Bedeutung. Sie muss früh und durchgängig vermittelt werden. In Niedersachsen haben wir das Projekt „Kompetenzen erkennen – Gut ankommen in Niedersachsen“, bei dem in den Erstaufnahmeeinrichtungen Beratungen stattfinden, um schon früh zu erkennen, welches Potenzial, welche Neigungen, welche Kompetenzen bei den Flüchtlingen vorhanden sind. Denn Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Integration. Wir dürfen die Menschen nicht sich selbst überlassen, sondern wir sollten sie von Anfang an begleiten.

Wie genau läuft die Beratung ab und worauf zielt sie?

Das Projekt führen wir in den vier landesweiten Erstaufnahmestellen seit Anfang Juli durch. Das ist bundesweit einzigartig. Niedersachsen ist das erste Bundesland, in dem flächendeckend so früh Beratungsangebote für Flüchtlinge gemacht werden. Derzeit bereiten wir die zweite Projektphase vor. Die Menschen, die aus solchen Notlagen zu uns kommen, haben nicht ihren Gesellenbrief in der Tasche. Daher organisieren wir mit den Handwerkskammern derzeit eine Kompetenzfeststellung. Eine Woche lang schauen wir, welche Neigungen und Kompetenzen bei den Menschen vorhanden sind und wo es Qualifizierungsbedarf gibt. Ziel ist es, dass sie in eine duale Ausbildung kommen.

Wo liegen die Chancen einer gestalteten Arbeitsmarktintegration – für die Flüchtlinge, aber auch für die Wirtschaft und Deutschland insgesamt?

Die Chance für die Flüchtlinge liegt darin, dass es kein langes, ungewisses Warten gibt, sondern dass sie zügig integriert werden. Wir überlassen sie nicht sich selbst, wir bieten ihnen früh eine Perspektive und ein klares Zeichen, dass sie hier willkommen sind. Die Wirtschaft kann auf diese Weise einem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Integration ist eine gesellschaftliche Kernaufgabe und sie funktioniert über die Sprache und über den Arbeitsmarkt. Das schafft auch Akzeptanz in der Bevölkerung.

Wo bestehen noch Probleme, Hürden und rechtliche Unsicherheiten?

Ein Ziel muss es auch sein, die Erwartungshaltung zu normalisieren. Nicht jeder kann und soll vermittelt werden. Die Menschen müssen oftmals auch zur Ruhe kommen, viele sind traumatisiert. Wichtig ist, dass sie eine ernsthafte Perspektive bekommen, um hier bleiben zu können: Wir dürfen sie nicht qualifizieren, um sie dann zurückzuschicken – das wäre ein merkwürdiges Prinzip. Darüber hinaus müssen wir strengstens darauf achten, dass, wenn sie in Arbeit sind, die Gesetze und der Mindestlohn eingehalten werden. Was wir gerade mit dem Missbrauch von Werkverträgen erleben, besonders im Niedriglohnbereich, darf auch bei Flüchtlingen nicht passieren. Es geht darum, unwürdige Arbeitsverhältnisse zu verhindern.

Wie geht man mit der „Aschenputtel“-Debatte um, deren Kritikpunkt lautet, dass über das Instrument der Arbeitsmarktintegration eine Selektion stattfindet in ökonomisch „gute“ und „schlechte“ Asylbewerber?

Asyl bedeutet in erster Linie Schutz und Menschenwürde. In diesem Zusammenhang sollten

wir auch die Diskussion über sichere Herkunftsländer führen und uns die Frage stellen: Wer kann bleiben? Aber man sollte immer versuchen, Schutz und Würde mit einer Perspektive zu verbinden. Das heißt nicht, dass Menschen, die erstmal keine Bleibeperspektive haben, weniger wert sind. Was wir aber machen können, ist, dafür Sorge zu tragen, dass manche nicht in den Sog der Ungewissheit und der Perspektivlosigkeit geraten.

Die Problematik, die sich stellt, ist doch, dass wir einen rechtlichen „Flickenteppich“ haben, was die verschiedenen Formen der Migration nach Deutschland betrifft. Könnte da ein Zuwanderungsgesetz nicht Klarheit schaffen?

Natürlich brauchen wir ein Zuwanderungsgesetz – und zwar mit klaren, nachvollziehbaren Regeln. Flüchtlinge kommen teilweise nach Deutschland, werden erst zurückgeschickt und gelangen dann wieder über die Arbeitsmarktschiene zu uns. Das halte ich nicht für sinnvoll, das muss man in Zukunft klug verzahnen.

Wir erleben in Deutschland gerade zum einen eine große Solidarität und Anteilnahme gegenüber dem Schicksal der Flüchtlinge. Andererseits steigt auch die Zahl rassistischer Übergriffe, es gibt Proteste, Flüchtlingsheime brennen. Wie geht man mit dieser Situation um?

Die Menschen, die zu uns kommen, müssen als Teil dieser Gesellschaft gesehen werden. Und ein ganz, ganz großer Teil der Gesellschaft ist demgegenüber sehr positiv eingestellt. Aber ein kleiner Teil verfolgt immer noch eine gefährliche Ideologie. Das muss die überwiegende Mehrheit klar und deutlich ablehnen: Wir stehen für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und erteilen jeder Form von Rassismus eine Absage.

Umfrage: Diskriminierung in Deutschland

Am 1. September startete die Antidiskriminierungsstelle des Bundes die größte Umfrage zum Thema „Diskriminierung in Deutschland“, die es bislang gegeben hat. Bis zum 30. November können sich alle in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren zu ihren selbst erlebten oder beobachteten Diskriminierungserfahrungen äußern. Diese Umfrage, die mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung durchgeführt wird, soll Diskriminierungen sichtbar machen. Die Ergebnisse der Umfrage und Handlungsempfehlungen wird die Antidiskriminierungsstelle dem Deutschen Bundestag vorlegen. Alle Infos unter: www.umfrage-diskriminierung.de.

IG BAU verleiht Preis für Zivilcourage

Kumpelverein mit der IG BAU beim Rock gegen Rechts in Jamel

Man muss sich vorstellen, ein ganzes Dorf ist von Neonazis vereinnahmt – aber eine Familie hält dagegen. Das ist der Fall in Jamel, einem Ort in Mecklenburg-Vorpommern, wo Birgit und Horst Lohmeyer sich den Rechten nicht beugen, im Gegenteil: Jedes Jahr veranstalten sie ein Festival für Demokratie und Toleranz. Die Gewerkschaft IG BAU nahm dies zum Anlass, um die Lohmeyers im Rahmen des diesjährigen Musikfestes Ende August mit dem Georg-Leber-Preis für Zivilcourage auszuzeichnen. Die Gewerkschaft würdigte damit das hartnäckige, aufrichtige Engagement gegen Rechtsextremismus. Auf Einladung des Bundesvorstandes der IG BAU war auch der Kumpelverein vor Ort, vertreten durch den Vorsitzenden Giovanni Pollice. Dass das Fest gegen Rechts in der nächsten Nachbarschaft der Neonazis stattfand, beinhaltet für Pollice eine klare Aussage: „Wir dürfen nicht zulassen, dass Neonazis ganze Dörfer und Landstriche zu ihrem Gebiet erklären. Deswegen ist es wichtig, hier Präsenz zu zeigen – im Namen der Demokratie.“



Fördermitglieder des Kumpelvereins (v.l.): Ulrike Laux und Carsten Burckhardt (IG BAU Vorstand), Giovanni Pollice (Vorsitzender Kumpelverein), Robert Feiger (Vorsitzender IG BAU). Nicht auf dem Bild, ebenfalls dabei: Harald Schaum, stellvertr. Vorsitzender.

Wie gefährlich dies jedoch sein kann, zeigte sich vor wenigen Wochen, als durch einen Brandanschlag die Scheune der Lohmeyers niederbrannte. IG-BAU-Bundesvorsitzender Robert Feiger fand dafür deutliche Worte: „Was ist ein Brandanschlag anderes als Terror?“, fragte er in seiner Laudatio bei der Preisübergabe. „Warum reagiert der Staat mit unterschiedlicher Härte auf Gewalt von links und rechts?“ Feiger forderte Null-Toleranz gegenüber Extremisten: „Die rechtlichen Mittel sind da, um Neonazis in die Schranken zu weisen. Sie werden bei rechtsextremen Tätern nur viel zu selten ausgeschöpft.“ Große Solidarität erfuhr Familie Lohmeyer von den zahlreichen Besuchern des Festivals, die ausgelassen feierten, von der Politik – anwesend war auch

die Familienministerin, Manuela Schwesig, vom Bundesvorstand und den vielen Kolleginnen und Kollegen der IG BAU, vom Kumpelverein – sowie vom überraschenden Gastaufritt der Toten Hosen!

Mehr Informationen zur Preisverleihung der IG BAU unter: www.igbau.de

Wissen, Prävention und Engagement stärken

Aktivitäten der „Gelben Hand“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“

Seit Beginn des Jahres ist der Kumpelverein Teil des Bundesförderprogramms „Demokratie leben“, das vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen des Programms organisiert der Kumpelverein im Herbst 2015 sowohl eine Tagung als auch mehrere Workshops. Los geht es am 9. Oktober mit dem Auftakt-Workshop, in dem es langfristig darum geht, antirassistische Unterrichtseinheiten für Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen zu erstellen. Dafür benötigt es zunächst einer Bedarfsfeststellung, die an beiden Tagen gemeinsam mit LehrerInnen, Ausbildern, Fachleuten aus Gewerkschaften, SchülerInnen sowie WissenschaftlerInnen in Hattingen erarbeitet wird. Am 16. und 17. Oktober findet in der IG BAU Bildungsstätte Steinbach (Taunus) die Fachtagung „Leben in Vielfalt vermitteln. Menschenverachtenden Ideologien entgegentreten“ statt. Zu Beginn der Konferenz werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Ursachen von Rassismus und den notwendigen gesellschaftlichen Abwehrstrategien befassen. Am zweiten Tag geht es in die drei



verschiedenen Foren: Von Rechtsextremismus im Fußball, über das Spannungsfeld zwischen Salafismus und antimuslimischem Rassismus sowie den neuen rechten Strukturen wie Pegida ist eine breite Themenpalette vorhanden. Experten

und Wissenschaftler liefern den Input, die Diskussionspanels bieten dann die Möglichkeit, individuelle Erfahrungen auszutauschen und Handlungsempfehlungen für die betriebliche und gewerkschaftliche Präventionsarbeit zu erarbeiten. Der Workshop „Antirassismusarbeit als Teil der Ausbildung“ findet am 24. Oktober in Kooperation mit der DGB-Jugend Niedersachsen in Hannover statt. Im Zentrum stehen betriebliche Handlungsstrategien gegen Rassismus sowie die Verankerung der antirassistischen Arbeit in Ausbildungsgängen. Beide Veranstaltungen richten sich an Aktive aus der betrieblichen und gewerkschaftlichen Antirassismusarbeit sowie die politisch interessierte Öffentlichkeit.

Weitere Informationen zur Teilnahme und Anmeldung gibt es auf der Homepage:

www.gelbehand.de

Fuck off, Rassismus!

Sommercamp der DGB-Jugend Hessen-Thüringen mit Aktionen gegen Rassismus

Unter dem Motto „Fuck off, Rassismus – Party, Politics, Camping“ kamen am letzten Augustwochenende rund 70 junge Gewerkschaftsmitglieder im hessischen Grünberg zusammen. Auf dem Programm standen neben politischen Diskussionen auch handfeste Aktionen. Gewerkschaftliche Handlungsstrategien, aber auch Pegida und die Asylpolitik waren



DGB-Jugend Hessen-Thüringen

Inhalt der politischen Debatten, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in verschiedenen Workshops aufbereiteten und vertieften. Nachdem das theoretische Fundament geschaffen war, schritten die Jung-Gewerkschafter zur Tat. In einem Demonstrationmarsch zogen sie Richtung Stadtzentrum, um dann auf dem Marktplatz Stellung zu beziehen: Gegen jede Form von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Rund 100 Zuhörer folgten der Kundgebung, bei der die DGB-Jugend eine Rede hielt und ihre Haltung gegen Rassismus und pro Flüchtlinge symbolisch mit gelben Handschuhen und Plakaten der „Gelben Hand“ untermauerte. Am Ende gab es viel Applaus für die Aktion. DGB-Bezirksjugendsekretär Fabian Wagner sieht es gerade in diesen Zeiten als Aufgabe der Gewerkschaftsjugend an, mit diesen Themen offensiv an die Öffentlichkeit zu gehen: „Die Gewerkschaftsjugend steht für Solidarität. Deshalb zeigen wir klare Kante gegen rassistische Strömungen. Das sollten wir aber nicht im stillen Kämmerlein tun, sondern in öffentlichen Aktionen. Jeder Einzelne ist aufgerufen, sich einzubringen!“ Zurück im Zeltlager folgte zum Abschluss eine Podiumsdiskussion mit dem Titel: „Refugees Welcome! Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften“, bei der die DGB-Bezirksvorsitzende in Hessen-Thüringen, Gabriele Kailing, sowie Vertreter und Vertreterinnen von Pro Asyl gemeinsam mit der Jugend diskutierten.

Fakten statt Vorurteile

Sommerseminar der EVG-Jugend Niederlausitz zum Thema Rassismus und Pegida

Politische Aufklärungsarbeit zählt zu den Kernaufgaben einer Gewerkschaft. Aus diesem Grund organisierte die Ortsjugendleitung Niederlausitz zum zweiten Mal ein Tagesseminar für alle interessierten Azubis und jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Vom 16.07 bis 17.07.2015 kamen die jungen EVG-Mitglieder in der Jugendherberge im Kurort Burg im Spreewald zusammen. Im letzten Jahr lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Wahlen“. Dieses Jahr beschäftigten sie sich aus aktuellem Anlass mit dem Thema „Pegida und ihre Auswirkungen“. Wo fängt Rassismus an und was steckt wirklich hinter den Thesen von Pegida? Anhand aktiver Gruppenarbeiten wurde aufgezeigt, wie die Ressourcen- und Bevölkerungsverteilung in der Welt aussieht und welche Chancen Asylsuchende in den verschiedenen Ländern der Welt haben. In Lehrvorträgen und Gruppendiskussionen wurden Statistiken und Fakten aufgezeigt und auch auf die Griechenlandkrise wurde eingegangen. Dass das Seminar inhaltlich wie menschlich lehrreich war, bestätigt auch David Niemayer, Mechatroniker im dritten Lehrjahr und interessierter Teilnehmer: „Ich denke es

hat den Teilnehmern geholfen, Vorurteile zu hinterfragen und die Angst vieler Leute vor Asylbewerbern kritischer zu sehen.“ Auch nach Seminarende diskutierten die Jugendlichen in gemütlicher Atmosphäre weiter, was zeigt, wie sehr diese politischen Themen die Jugend beschäftigt.



EVG-Jugend Ortsjugendleitung Niederlausitz

Broschüre des Monats

Strategien gegen rassistisches Mobbing und Diskriminierung im Betrieb



„Rassismus darf im Betrieb keine Chance haben. Betriebsräte und Gewerkschaften haben eine Schlüsselfunktion, wenn es darum geht, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Diskriminierung ist“, erklärt Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) in ihrem Vorwort. Die kürzlich erschienene Handreichung für Betriebsräte und Gewerkschaften, die der Kumpelverein im Auftrag der ADS erstellt hat, soll einen Beitrag genau dazu leisten. Verfasst wurde sie von der Geschäftsführerin des Kumpelvereins, Dr. Klaudia Tietze. Die Broschüre veranschaulicht die unterschiedlichen Formen von Diskriminierung und Mobbing und erläutert die bestehenden rechtlichen Instrumente, um im Betrieb effektiv gegen Rassismus vorzugehen. Dabei werden reale Beispiele aus dem betrieblichen Alltag angeführt, die zeigen, dass der Betrieb eben noch keine diskriminierungsfreie Zone ist. Daher enthält die Handreichung konkrete Handlungsempfehlungen: Sensibilisieren, Bildungsangebote wahrnehmen, den Arbeitgeber in die Pflicht neh-

men und die Antirassismussarbeit schon in der Ausbildung verankern sind nur einige der vorgeschlagenen Maßnahmen, die Diskriminierung im Betrieb langfristig verhindern sollen. Die Broschüre findet ihr zum Download unter:

<http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Handreichung-Betriebsraete/Handreichung-Betriebsraete.html>

men und die Antirassismussarbeit schon in der Ausbildung verankern sind nur einige der vorgeschlagenen Maßnahmen, die Diskriminierung im Betrieb langfristig verhindern sollen. Die Broschüre findet ihr zum Download unter:

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.
Nachfolgend die Namen:

1. **Nico Ahlers**, Sachkundiger Bürger im Beirat Hemelingen, Bremen
2. **Tobias Bogdanski**, Berlin
3. **Christoph Bratmann**, GEW, MdL Niedersachsen, Braunschweig
4. **Dirk Knappert**, Hannover
5. **Marlis Mergenthal**, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin Bezirk Mannheim, Mannheim
6. **Peter Meyer**, ver.di, Gewerkschaftssekretär Bezirk Köln, Köln
7. **Sophia Michaelis**, ver.di, FES LB Niedersachsen, Hannover
8. **Andrea Nahles**, IG Metall, MdB, Bundesarbeitsministerin, Weiler
9. **Renè Pöttmann**, NGG, Hannover
10. **Grant Hendrik Tonne**, ver.di, MdL Niedersachsen, Leese
11. **Daniel Weber**, GEW/DGB Bildungswerk, Leiter Bereich Migration und Gleichberechtigung, Düsseldorf

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Sonja Marko (ver.di), Volker Roßocha (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic
Fotos: Gelbe Hand, Ministerium für Wirtschaft Niedersachsen, IG BAU, DGB-Jugend Hessen-Thüringen, EVG-Jugend Niederlausitz

Produktion:

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand